

Antrag 78/II/2023

UBV Oder-Spree, UBV Märkisch-Oderland

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus im ländlichen Raum

1 Der Landesparteitag möge be-
2 schließen: Die Landesregierung
3 wird aufgefordert, den sozialen
4 Wohnungsbau auch im ländli-
5 chen Raum deutlich zu stärken.
6 Mit früheren „LPG-Wohnungen“
7 stehen geeignete Wohnungsbe-
8 stände für großflächige Sanierun-
9 gen bereit, allerdings fehlt es den
10 betroffenen Kommunen im gan-
11 zen Land an Eigenmitteln. An-
12 gesichts wachsenden Drucks auf
13 den Wohnungsmarkt nun auch
14 auf den ländlichen Raum und
15 angesichts eines sich breit ma-
16 chenden Gefühls von bedürfti-
17 gen Menschen, gegenüber ande-
18 ren sozial bedürftigen Gruppen
19 benachteiligt zu werden, besteht
20 hier hoher Handlungsbedarf.

21

22 Begründung

23 Der soziale Wohnungsbau und
24 die Sanierung von Sozialwoh-
25 nungen in Brandenburg liegen
26 in einem Ungleichgewicht. Die
27 Wohnungsbauprogramme sind

28 vor allem auf innerstädtische
29 Standorte konzentriert, während
30 ländliche Räume leer ausge-
31 hen. Begründet wird dies damit,
32 dass es in wachsenden Städ-
33 ten und Regionen kaum noch
34 Leerstände und es kaum noch
35 mietpreisgebundenen und bele-
36 gungsgebundenen Wohnraum
37 gibt. Unterstützt werden sollen
38 vor allem die Haushalte, die sich
39 auf dem Wohnungsmarkt nicht
40 angemessen mit Wohnraum
41 versorgen können. Hinter dieser
42 im Prinzip richtigen Begründung
43 ist aber der Bedarf von einkom-
44 mensschwachen Haushalten
45 mit Kindern, älteren Menschen,
46 Menschen mit Behinderungen,
47 Personen in sozialen Notlagen
48 sowie Studierenden und Auszu-
49 bildenden auch im ländlichen
50 Raum heruntergefallen. Der Be-
51 darf an bezahlbarem Wohnraum
52 schwappt deutlich spürbar nun
53 auch in den ländlichen Raum und
54 führt (gleichsam deutlich spür-
55 bar) zu Unmut unter Betroffenen.
56 Das Gefühl, gegenüber anderen
57 sozial Bedürftigen benachteiligt
58 zu werden, nimmt deutlich zu.
59 Dem muss die Landesregierung
60 entgegenwirken und beispiels-
61 weise den bestehenden früheren

62 „LPG-Wohnraumbestand“ in ihre
63 Fördermaßnahmen einbeziehen.
64 Die betroffenen Kommunen ste-
65 hen bereit und wollen sanieren,
66 allerdings fehlt es an finanzieller
67 Unterstützung. Die gestiegenen
68 Baukosten verschärfen diese
69 Lage.